

**Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Berner Olympia-Träume: Was hat die Stadt den Organisatoren versprochen? Mit welchen Folgekosten rechnet der Gemeinderat? Wann findet die Abstimmung statt?**

Nach dem wuchtigen „Nein“ Graubündens zur Olympiakandidatur ist es so gut wie sicher, dass das schweizerische Olympische Komitee nächstens dem IOK die Kandidatur von „Sion 2026“ empfehlen wird, die auch den Einbezug von Stadt und Kanton Bern vorsieht. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat dazu unter Inanspruchnahme des letzten Frankens seiner Finanzkompetenz 1 Million bewilligt. Ein Engagement des Kantons für einen Grossanlass bedingt normalerweise automatisch, dass auch die Standortgemeinden sich an den Kosten beteiligen.

Die Tour de France hinterlässt ungute Erinnerungen der Austrickserei des Stadtrates und des Grossen Rates. Erst lange, nachdem der damalige Stadtpräsident (notabene ohne Vertrag) sämtliche Zusicherungen betreffend Organisation des Events mitsamt den noch unbekanntem Kostenfolgen abgegeben hatte, konnten die Parlamente in einem Zeitpunkt, wo ein Ausstieg nur noch mit Prestigeverlust möglich gewesen wäre, das Projekt noch absegnen. In der Endabrechnung waren dann die Kosten viel höher, als von den Parlamenten beschlossen. Ähnlich ist es schon zuvor bei der Fussball-Euro 08 und der Eiskunstlauf-EM gegangen.

Schon vor Jahresfrist hat der Unterzeichnete mit einer Motion eine frühzeitige Grundsatzabstimmung über die Olympiapläne in der Stadt Bern verlangt, bevor Zusicherungen abgegeben werden. Leider wurde die Motion bis jetzt nicht traktandiert. Inzwischen wurden offensichtlich Zusicherungen abgegeben. Ständerat Hans Stöckli, Vizepräsident von „Sion 2016“ präziserte (wenig präzise) im „Bund“ vom 14.02.2017: „Der Berner Gemeinderat hat lediglich schriftlich bestätigt, dass er bereit ist, sich als möglicher Austragungsort an dieser Bewerbung zu beteiligen.“

1. Wie lautet der Gemeinderatsbeschluss betreffend Beteiligung der Stadt an der Bewerbung für „Sion 2016“?
2. Was hat die Stadt den Organisatoren versprochen?
3. Mit welchen Folgekosten rechnet der Gemeinderat?
4. Wann wird der Gemeinderat, nach dem sehr wahrscheinlichen Kandidatur-Entscheid von Swiss Olympic im April dieses Jahres, dem Stadtrat eine dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehende Kreditvorlage für alle Vorbereitungsarbeiten und Verpflichtungen der Stadt bis zur definitiven Einreichung der Kandidatur unterbreiten?

Bern, 16. Februar 2017

*Erstunterzeichnende: Luzius Theiler*

*Mitunterzeichnende: Daniel Egloff, Tabea Rai, Rahel Ruch, Michael Burkard*

**Antwort des Gemeinderats**

Der Gemeinderat hat in einem Erklärungsschreiben sein Interesse als möglicher Austragungsort der Olympischen Winterspiele kundgetan, Versprechungen wurden keine gemacht.

*Zu Frage 1:*

Ende November 2016 beschloss der Gemeinderat, die ihm in diesem Zusammenhang vorgelegte Erklärung zu unterzeichnen und Swiss Olympic zuzustellen.

*Zu Frage 2:*

Im Rahmen der unterzeichneten Erklärung bestätigte der Gemeinderat lediglich, dass die Stadt Bern bereit sei, sich als Austragungsort an dieser Bewerbung zu beteiligen und ihr zum Erfolg zu verhelfen. Sollte die Bewerbung ausgewählt werden und die Schweizerische Eidgenossenschaft die grundsätzliche Zustimmung zu einer internationalen Bewerbung erteilen, werde die Stadt Bern zudem im Rahmen ihrer Möglichkeiten mithelfen und die nötigen Vorkehrungen für eine erfolgreiche internationale Bewerbung treffen.

*Zu Frage 3:*

Die Folgekosten sind zurzeit nicht bekannt. Der Gemeinderat hat bis zum heutigen Zeitpunkt auch keine konkreten finanziellen Zusagen gemacht. Gemäss der vom Gemeinderat unterzeichneten Erklärung könne der Gemeinderat erst in Kenntnis der detaillierten Anforderungen an die Stadt Bern und ihrer Infrastrukturen zum gegebenen Zeitpunkt die definitive Zustimmung erteilen.

*Zu Frage 4:*

Wird der Kandidatur-Entscheid positiv ausfallen und später die Höhe einer allfälligen Kostenbeteiligung für die Stadt Bern bekannt sein, wird die Kostenfrage im Rahmen der städtisch vorgeschriebenen Zuständigkeiten geklärt werden.

Bern, 8. März 2017

Der Gemeinderat